

## Aktien sind wichtiger als TTIP

Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen. Das ist gut so, denn freier Welthandel bringt Wohlstand. Dennoch ist es falsch, dass die Politik globale Handelsbeziehungen als Priorität ansieht. Was wichtiger wäre.

Wie verdreht die Verhältnisse mittlerweile sind war zuletzt während einer Demonstration gegen TTIP in Berlin zu beobachten. Im Grunde stechen dabei rot-grüne Horden mit ihren Verballenzen gegen die Windmühle der Globalisierung an. Allein ihnen wird das gleiche Schicksal zuteil werden wie dem großen Ritter von der Mancha, der durch übermäßige Lektüre von Ritterbüchern einen Realitätsverlust erlitten hatte.

Jedenfalls lässt sich die Globalisierung gar nicht mehr zurückdrehen, gleichgültig ob man sie befürwortet oder ablehnt. Sie ist geradezu eine Weltgesetzmäßigkeit. Hier sind titanische Kräfte am Werk, die der eigendynamischen Entwicklung der Technik ähneln, die ihrerseits unaufhaltsam voranschreitet. Wer sie aufhält endet wie Nordkorea oder China während der Kulturrevolution oder wie die ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaaten im Osten Europas. Auch anhand der verblichenen DDR, die nach 25 Jahren deutscher Wiedervereini-

gung immer noch am Tropf westdeutscher Steuerzahler hängt, ließe sich dieses Phänomen des Zurückbleibens gut studieren.

Am meisten fasziniert mich jedoch das vorgetragene Argument, der Wohlstand Deutschlands fuße in nicht geringem Umfang auf freiem Welthandel, weshalb gerade die Bundesrepublik



ein Interesse an diesem besitzen sollte. So richtig dieser Hinweis auch sein mag, so irreführend ist er doch wenn es um die Frage geht, welche Prioritäten in der Wirtschaftspolitik gesetzt werden sollten. Sofern es nämlich das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik ist, den Wohlstand und Lebensstandard der Deutschen zu steigern, wären andere Maßnah-

men viel dringlicher als TTIP, CETA und derlei Verträge.

Die hohen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands werden nicht vom Staat erzielt sondern von privaten Unternehmen. Deutschlands Bürger haben, wenn man von Arbeitsplätzen und Steuern absieht, nur insofern einen wirklichen Vorteil von den hohen Exportüberschüssen, soweit sie Anteile an den davon profitierenden Unternehmen besitzen und die Exportüberschüsse auch zu finanziellen Gewinnen führen. Wie aber hinlänglich bekannt ist, scheut sich der überwiegende Teil der Bevölkerung, sich an den Unternehmen der Wirtschaft zu beteiligen. Schon allein das Wort für Beteiligungsanteile an Unternehmen – Aktie – ist nahezu als Teufelszeug verschrien. Hier ist nochmals in Erinnerung zu rufen, dass der Löwenanteil der Aktien deutscher Großunternehmen sich im Eigentum ausländischer Anleger befindet.

Genau an dieser Stelle müsste die Wirtschaftspolitik ansetzen, um endlich für eine größere Partizipation der breiten Bevölkerung an der Wirtschaft zu sorgen. Die Instrumente dazu, insbesondere Aktienfonds aufgrund ihrer unübertroffenen rechtlich-institutionellen Sicherheit, liegen samt Regulierungsbehörde und einschlägigem Gesetzesrahmen seit Jahrzehnten vor. Woran es fehlt, ist allein Bildung und Wille auf diesem Gebiet. Unterdessen sind die Folgen des seit Jahrzehnten praktizierten Ignorierens und Unterlassens im Bereich der Aktienanlage finanziell dramatisch. Weltweit wird die Vermögensfehlallokation der Deutschen mittlerweile belacht. Auch die soeben

vorgestellte aktuelle Studie der OECD bestätigt, trotz hoher Sparquote und hohen Einkommen, den Befund unterdurchschnittlicher Vermögen in Deutschland.

Es ist ja nicht nur der deutlich geringere durchschnittliche Wohlstand im Vergleich zu den Vereinigten Staaten oder Japan, Taiwan und Singapur. Viel bedenklicher ist der Rückstand gegenüber etlichen europäischen Staaten wie z.B. Spanien oder Frankreich.

Europa ist gegenüber anderen Teilen der Welt in den letzten einhundert Jahren deutlich zurückgefallen. Daran sind nicht allein die zwei Weltkriege schuld. Fortschritts- und Wirtschaftsfeindlich-

keit haben ebenso dazu beigetragen wie die konsequente Wachstumspolitik in anderen Regionen der Erde. Gewiss kann sich Deutschland auch dazu entscheiden, das Umwelt- und Sozialamt der Welt sein zu wollen. Anzeichen hierzu verstärken sich in letzter Zeit. Dann ist aber zu hoffen, dass sich die Regierung hierzu das passende Volk auserwählt hat. Spannend wird's werden.

Aus Chicago,



Dr. Christoph Bruns